

Morgen.DE!

Deutschland weiter denken.

Infos und Anmeldungen unter:
www.morgen.cdu.de

CDU

WISSENSWELTEN

LEBENSWELTEN

POLITIK MACHEN

Angela Merkel und Laurenz Meyer: Kommen Sie am 8. Juni zu unserer Zukunftskonferenz nach Berlin!

ANGELA MERKEL ZU BIO- UND GENTECHNIK:

Wir haben einen eindeutigen Fixpunkt

Das menschliche Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle.

Diesen Satz bekräftigt die CDU in ihrem Positionspapier zur Bio- und Gentechnik, das der Bundesvorstand am 28. Mai in Berlin beschlossen hat. Er folgt da-

mit einem Entwurf des stellvertretenden Parteivorsitzenden Jürgen Rüttgers und spricht sich gegen die so genannte verbrauchende Embryonenforschung aus.

Angela Merkel: „Diese eindeutige Festlegung ist auch der Fixpunkt unserer Diskussion.“ (Seite 3)

INHALT

FRIEDRICH MERZ:

Ohne Ökosteuer läge der Preis für einen Liter Super heute unter der Zwei-Mark-Grenze

SEITE 4

DOKUMENTATION

Werte achten. Chancen nutzen. Für einen verantwortbaren Fortschritt der Bio- und Gentechnik.

Positionspapier der CDU

INNENTEIL

Dank an die **Verteidiger** der Menschenrechte

■ Hansjürgen Doss und Peter Rauen: Besorgniserregende Wirtschaftsdaten. *Seite 5* ■ Themen-Briefing II zum Arbeitsmarkt. *Seite 6* ■ Dorothea Störr-Ritter und Gerald Weiß zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes. *Seite 9* ■ Peter Paziorek und Kurt-Dieter Grill nach Besuch in Gorleben: Erkundung fortsetzen. *Seite 11* ■ Werner Wittlich zur Änderung der Verpackungsordnung: Ökologisch falsch und wirtschaftlich nicht vertretbar. *Seite 12* ■ Annette Widmann-Mauz zum neuen „Ökosiegel“: Bisher in Deutschland übliche Standards auf umstrittenes EU-Niveau gesenkt. *Seite 14* ■ Hans-Gert Pötering zur Rede Jospins: Eine Mischung von positiven und negativen Vorschlägen. *Seite 15* ■ Erwin Marschewski: Kriminalität bekämpfen – Vertrauen in den Rechtsstaat wieder herstellen. *Seite 18* ■ Gemeinsame Ausbildungsbörse von CDA und MIT. *Seite 20*

Anlässlich des 40. Jahrestags der Gründung von amnesty international (ai) am 28. Mai erklärten Generalsekretär **Laurenz Meyer** und der Vorsitzende des CDU-Bundesarbeitskreises **Menschenrechte, Hermann Gröhe**:

Vier Jahrzehnte ai sind eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Amnesty international wurde zum Symbol für den Kampf um die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte.

Der unermüdliche Einsatz unzähliger ehrenamtlicher Mitarbeiter von ai ist ein Hoffnungszeichen für die politisch Verfolgten und Unterdrückten auf dieser Welt. Die wichtige Arbeit von amnesty international ist nicht erfolglos. Amnesty international erreichte bei einem Drittel der Menschen, für die man sich einsetzte, eine Verbesserung der Lage – die Aussetzung der Todesstrafe,



L. Meyer



H. Gröhe

ein Ende von Misshandlungen, einen fairen Prozess oder gar die Haftentlassung. Tausende von Menschen verdanken ai ihre Freiheit, ihre körperliche Unversehrtheit oder ihr Leben. Für dieses Engagement hat ai unseren Dank verdient.

Menschenrechte sind eine unverzichtbare Voraussetzung für Demokratie, ohne die Frieden und Freiheit nicht zu sichern sind. Für die CDU sind Menschenrechte ein Thema von größter Bedeutung. Es ist die Aufgabe aller überzeugten Demokraten, dass die Idee von der Universalität der Menschenrechte kein Traum bleibt.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

„Werte achten. Chancen nutzen“

Angela Merkel: Vor schwierigen Entscheidungen

Unter diesen Titel hat die CDU die Befürwortung eines verantwortbaren Fortschritts der Bio- und Gentechnik gestellt und damit – noch vor allen anderen Parteien – das Signal für den Beginn einer Diskussion gegeben, deren Ergebnis auch die in großer Ferne liegende Zukunft der Menschen elementar bestimmen wird.

Entsprechend wohl überlegt die Festlegungen, die die Mitglieder des Bundesvorstands getroffen haben, aber auch der Verzicht auf Festlegung, wo der Prozess der Meinungsbildung in der Partei noch nicht abgeschlossen ist.

Ergebnis: Klares Nein ■ zur Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungs- und gewerblichen Zwecken ■ zum „therapeutischen Klonen“ ■ zu gezielten Eingriffen in die menschliche Keimbahn.

Schwer wiegen die Bedenken derer, die die Präimplantationsdiagnostik (PID) ablehnen. Andererseits gibt es Argumente, die sie als Erweiterung des Spektrums vorgeburtlicher Diagnostik

sehen. Angela Merkel: „Politik muss das Recht haben, sich für die Beratung schwieriger Fragen ausreichend Zeit zu nehmen – vor allem, wenn wie in diesem Fall kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.“

Fragen der Bio- und Gentechnik lassen sich deshalb nicht leicht beantworten, weil es auch in anderen europäischen Ländern bisher noch keine für alle verbindlichen Grenzsetzungen gibt. Die Parteivorsitzende forderte deshalb die Bundesregierung auf, ihrerseits tätig zu werden und wenigstens die bereits unterschriftsreif vor-

liegende Bioethik-Konvention des Europarats zu unterzeichnen.

Jürgen Rüttgers bekräftigte die Grundüberzeugung der CDU: „Die Würde des Menschen ist ein absoluter Wert. Er kann durch nichts relativiert werden. Das Lebensrecht behinderter Kinder auch nur in Frage zu stellen, ist und bleibt Unrecht.“

Angela Merkel: „Die CDU steht vor schwierigen Gewissensentscheidungen. Wir werden die Diskussion im Geist der Toleranz führen und Positionen anderer gelten lassen und respektieren.“

ANGELA MERKEL im Musterland der Informationsgesellschaft: Am 23. und 24. Mai hat die Parteivorsitzende zusammen mit den Internet-Beauftragten von Partei und Bundestagsfraktion, Thomas Heilmann und Martina Krogmann MdB, Finnland besucht. Sie hat sich über die Entwicklung der Informationstechnologien in den skandinavischen Ländern informieren. Neben politischen Themen bei der finnischen Staatspräsidentin Tarja Halonen, bei Premierminister Lipponen und dem Minister für Transport und Kommunikation Heinonen standen Treffen mit Vertretern der finnischen IT-Branche auf dem Programm. Unter anderem besuchte die Parteivorsitzende die Firmen Nokia, Sonera Corporation, Ibox und MoreMagic.



Ohne Ökosteuer läge der Liter Super heute unter zwei Mark

Es ist noch keine zwei Wochen her, da saß mir Finanzminister Eichel abends in einer ZDF-Talkshow gegenüber und pries seine Steuerreform. Die leichte Heiterkeit, die er damit bei Diskutanten und Studiopublikum auslöste, rührte daher, dass knapp ein Jahr danach niemand mehr das Thema „Steuerreform“ auf dem Erfolgskonto der Regierung verbucht. Es kommt – das ist den meisten inzwischen klar – schlicht nichts beim Steuerzahler an.

Fände die Fernsehdebatte heute Abend statt, so bezweifle ich stark, dass Hans Eichel diesen Exkurs nochmals riskieren würde, denn inzwischen müsste er gegen neue Zahlen argumentieren.

Die Inflationsrate macht Eichel „schon ein paar Sorgen“

Das Statistische Bundesamt beziffert das reale Wachstum aller in Deutschland erbrachten Produktions- und Dienstleistungen in



den ersten drei Monaten dieses Jahres mit nur 1,6 % gegenüber dem 1. Quartal 2000. Den nächsten Schlag versetzt uns der Preisanstieg vom Mai: voraussichtlich 3,5%, so hoch wie seit Dezember 1993 nicht mehr! Dazu vernehmen wir vom Finanzminister, die Inflationsrate mache ihm „schon ein paar Sorgen“; die gehe vor allem auf die Preise an den Tankstellen(!) und für Lebensmittel zurück. Dann lobt er die längerfristigen Tarifabschlüsse zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und wendet sich an die Unternehmen: sie stünden jetzt in der Verantwortung, mit Preisdisziplin ihren Beitrag zu leisten. Das erinnert stark an den Bundeswirtschaftsminister, der den Autofahrern angesichts der Öko-Steuer unlängst den

Rat erteilte, sie mögen einfach weniger tanken.

Eichel weiß, dass der Preis an der Tankstelle für einen Liter Super ohne seine Öko-Steuer heute unter der Zwei-Mark-Grenze läge. Und Preisdisziplin verlangt er von denen, die er bei seiner Steuerreform von jeder nennenswerten Erleichterung ausgenommen hat: dem Mittelstand. Dessen Produktion lahm, weil die Auftragseingänge und damit die Umsätze zurückgehen. Gleichzeitig steigen die Erzeugerpreise mit 5,4 % so stark wie letztmals vor fast 20 Jahren.

Es geht um Arbeitsplätze

Es scheint, als habe Hans Eichel den Sinn einer Steuerreform nicht wirklich verstanden: es geht nicht darum, durch Zuwendungen einen Teil der Bevölkerung zu beschäftigen und damit ruhig zu stellen, sondern darum, Investitionen zu fördern. Dem Mittelstand fehlt dieser Anreiz zur Zeit völlig, von Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik ganz zu schweigen. **UD**

HANSJÜRGEN DOSS UND PETER RAUEN:

Besorgniserregende Wirtschaftsdaten – aber Schröder lässt die Dinge schleifen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf Talfahrt. Das Wirtschaftswachstum hat sich innerhalb eines Jahres halbiert. Die Produktion lahm. Die Auftragseingänge sinken. Die Umsätze bei Handwerk und Einzelhandel gehen zurück – gelähmt durch steigende Energiepreise und Ökosteuer. Die rot-grüne Steuerreform ist praktisch wirkungslos verpufft.

Diese besorgniserregenden Wirtschaftsdaten werden unter dieser Bundesregierung noch mit einer massiven Verschlechterung der Preisperspektiven kombiniert. Die Verbraucherpreise dürften im Mai erstmals seit vielen Jahren wieder die 3%-Marke übersteigen. Der Anstieg der Erzeugerpreise liegt mit 5,4 % auf dem höchsten Stand seit fast 20 Jahren. Und die sich verstärkende Talfahrt des Euro heizt das Inflations-schwungrad weiter an.

■ **Wie lange** will die Bundesregierung diese Entwicklung noch schleifen lassen? ■ **Wie lange** soll der Wachstumsmotor Nr. 1 – der

Mittelstand – noch mit steuerlichen und bürokratischen Behinderungen drangsaliert werden? ■ **Wie lange** will die Bundesregierung noch beim Absturz der Bauwirtschaft tatenlos zusehen? ■ **Wie lange** sollen Euro-Schwäche und Inflation hingenommen werden?

Wenn die Regierung Schröder nicht endlich handelt, dann steuert sie mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf eine Stagflation zu. Dann droht wirtschaftliche Stagnation mit Inflation.

Handeln Sie endlich: Herr Bundeskanzler!

Die Quittung für eine zutiefst mittelstandsfeindliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Der nochmalige Rückgang des Wirtschaftswachstums im 1. Quartal 2001 und der dramatische Verfall des Ifo-Geschäftsklima-Index sind die bittere Quittung einer zutiefst mittelstandsfeindlichen Wirtschafts-



H. Doss



P. Rauhen

und Arbeitsmarktpolitik und einer völlig unzureichenden Steuerentlastung der mittelständischen Wirtschaft von Seiten der Bundesregierung.

Während sich Rot-Grün im vergangenen Jahr zunächst noch auf den von der früheren Bundesregierung initiierten Strukturreformen und einer Exportblüte infolge des schwachen Euros ausruhen konnte, machen sich nun die fehlenden Strukturreformen vor allem auch auf dem Arbeitsmarkt dramatisch bemerkbar.

Das Einzige, was unter Rot-Grün immer stärker wächst, sind die Lebenshaltungskosten für die Endverbraucher. Die für April erwartete Preissteigerungsrate von 3,2 % ist doppelt so hoch wie das reale Wirtschaftswachstum. **UD**

Wir wollen die Rahmenbedingungen für einen Beschäftigungsboom schaffen

I. Warum ist der Arbeitsmarkt für die CDU ein Thema?

■ Es gibt in Deutschland fast 4 Millionen gemeldete Arbeitslose.

■ Obwohl die Wirtschaft bis vor kurzem deutlich gewachsen ist, hat sich der harte Kern der Arbeitslosigkeit weiter verfestigt. 33,8 % der Arbeitslosen sind mittlerweile länger als 12 Monate arbeitslos.

■ Arbeitslosigkeit ist mit weitem Abstand das für die Bürger wichtigste politische Problem (63 % Nennungen; infratest-dimap)

II. Daten und Fakten zum Arbeitsmarkt

■ Der Arbeitsmarkt stagniert:

Die Zahl der Erwerbstätigen ist saisonbereinigt im Februar 2001 nicht gestiegen (Statistisches Bundesamt). Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt im April 2001 leicht gestiegen (+ 6.000), nachdem sie be-

reits im ersten Quartal zugenommen hatte (durchschnittl. + 11.000).

■ Es gibt genug Arbeitsmöglichkeiten:

Im April 2001 gab es 580.000 bei den Arbeitsämtern gemeldete Stellen. Die Bundesanstalt geht davon aus, dass nur 1/3 der Stellen gemeldet wird. Insgesamt bedeutet dies 1,7 Millionen offene Stellen. 2000 wurden fast 1,1 Mio. Arbeitserlaubnisse für ausländische Arbeitnehmer erteilt, 4/5 deshalb, weil sich kein deutscher Arbeitnehmer für die Stelle fand. Das bedeutet grundsätzlich weitere 880.000 Arbeitsplätze.

Ende April waren 215.700 Ausbildungsplätze unbesetzt (8 % mehr als im April 2000), 321.000 Bewerber (5 % weniger als im April 2000) zählten als nicht vermittelt.

Die Zahl der Überstunden in Deutschland wird auf 2 Milliarden pro Jahr geschätzt. Die Schwarzarbeit wächst mehr als dreimal so schnell wie die legale Wirtschaft (geschätzt 9 % pro Jahr).

■ Bei der Arbeitslosigkeit ist Deutschland 2000 im EU-Vergleich weiter abge-sackt (von Platz 9 auf 10).

■ Die 36 Arbeitsämter mit der geringsten Arbeitslosenquote liegen alle in unionsgeführten Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen).

III. Was sagt die Bundesregierung zum Thema Arbeit

„Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren“, sagte Schröder am Sonntag auf einer Wahlkampfveranstaltung in Nürnberg.

Tagesspiegel, 27. 5. 1998

Auf der zentralen Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) in Hannover kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) an, die Bundesregierung wolle die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2002 auf „deutlich unter

3,5 Millionen Menschen senken“.

Handelsblatt, 2. 5. 2000

„Ich habe ein Ziel definiert, das ich gerne erreichen möchte, nämlich zum Ende der Legislaturperiode die Arbeitslosigkeit unter drei Millionen gebracht zu haben.“ ZDF, 4. 3. 2001

„Auch ein altes Zirkuspferd in der Manege arbeitet gelegentlich etwas holprig“ - mit diesem Bild versuchte Gerhard Schröder am Montag die Verwirrung um seine Äußerung zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu klären. [...] ein Regierungssprecher [sah sich] zu der Erklärung veranlasst, dies werde erst für das Jahr 2005 angepeilt.

Bis 2002 bleibe es bei der Vorgabe „unter 3,5 Millionen“. Dem schloss sich der Kanzler dann am Montag an und führte ein „Missverständnis“ als Ursache an: 3,5 Millionen seien das, „was ich nicht gesagt habe, aber sagen wollte.“

afp, 5. 3. 2001

IV. Welche Botschaft hat die CDU

Die CDU will die Rahmenbedingungen für einen Beschäftigungsboom schaffen. Dazu werden wir die richtigen Anreize setzen

auf Seiten der Unternehmen:

■ durch Deregulierung des

Arbeitsmarktes, flexiblere Arbeitszeitmodelle und Rücknahme der beschäftigungsfeindlichen Regelungen von Rot-Grün (630-Mark-Gesetz, des Scheinselbstständigkeitsgesetz, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit)

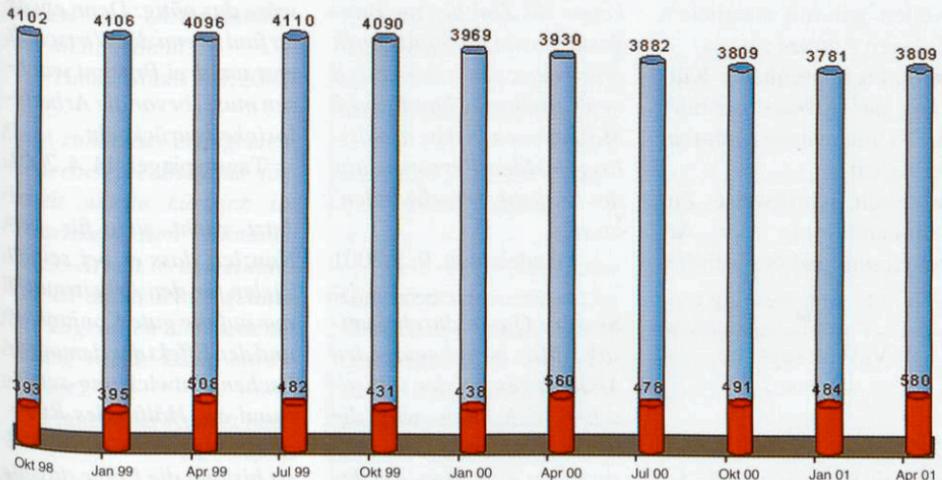
■ durch radikale Steuersenkungen und -vereinfachungen für alle nach einem CDU-Wahlsieg 2002.

Kleine und mittlere Betriebe, die die meisten Arbeitsplätze stellen und neu schaffen, werden durch Sofortmaßnahmen entlastet:

▶ Vorziehen der Steuerreformschritte 2003 und 2005

▶ Gleichbehandlung von Personen- und Kapitalgesellschaften

Zahl der gemeldeten Arbeitslosen und offenen Stellen
(saisonbereinigt in Tausend, Bundesanatal für Arbeit)



► Aussetzung der Ökosteuer
 ■ durch die Förderung betrieblicher Lösungen in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses:

► Möglichkeit der Vorabvereinbarung des Verzichts auf Kündigungsschutzklagen gegen Abfindung

► Möglichkeit befristeter Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für ältere Arbeitnehmer ausdehnen

► Ablehnung der einseitigen Stärkung der Funktionäre durch das neue Betriebsverfassungsgesetz,

auf Seiten der Arbeitnehmer:

■ durch die strikte Einhaltung des Lohnabstandsgebots. Wer arbeitet, soll mehr haben als der, der nicht arbeitet. Im Niedriglohnsektor wollen wir mit staatlichen Zulagen Anreize setzen.

■ durch konsequente Kürzung der Arbeitslosenhilfe bei Nichtannahme zumutbarer Arbeit

■ durch schrittweise Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

V. Was sagt die Presse?

Deutschlands Manager haben kein Vertrauen in die Ar-

beitsmarktpolitik der Bundesregierung. Drei Viertel (73 %) der im Handelsblatt Business-Monitor befragten Führungskräfte glauben nicht, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sein selbst gestecktes Ziel erreichen wird, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende der Legislaturperiode im kommenden Jahr auf 3,5 Mill. zu reduzieren.

Handelsblatt, 18. 5. 2001

Ökonomen halten es angesichts der seit Jahresbeginn anhaltenden Stagnation am Arbeitsmarkt fast für ausgeschlossen, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sein selbst gestecktes Ziel noch erreichen kann, die Arbeitslosenzahl im kommenden Jahr auf unter 3,5 Millionen zu drücken. (...) Die Bundesregierung könne ihr Ziel bis zur Bundestagswahl allenfalls noch erreichen, wenn sie durch neue arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bisher arbeitslos gemeldete Personen 'aus der Statistik verschwinden' lasse.

Handelsblatt, 9. 5. 2001

Bessere Quote durch Statistik. Mit einschneidenden Änderungen bei der statistischen Erhebung will die Bundesregierung ihr Versprechen einhalten, die Ar-

beitslosenzahl bis zum Wahltag 2002 kräftig zu senken. Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD) plant, gleich mehrere Gruppen aus der Bilanz herauszunehmen. So sollen die über 58-Jährigen künftig nicht mehr in die Statistik einbezogen werden. Die älteren Arbeitnehmer – rund 400 000 – stünden für den Arbeitsmarkt praktisch nicht mehr zur Verfügung, da sie oft selbst keinen Job mehr wollten und in diesem Alter auch nicht mehr vermittelbar seien.

Focus, 14. 5. 2001

Während des Aufschwungs hätte Rot-Grün die Gunst der Stunde nutzen und mehr Reformen zur Stabilisierung des Wachstums auf den Weg bringen können. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt wäre das nötig: Denn etwas ist faul, wenn die Wirtschaft erst um drei Prozent wachsen muss, bevor die Arbeitslosigkeit zurückgeht.

Tagesspiegel, 11. 4. 2001

Jetzt rächt sich für den Kanzler, dass er bei seinen Zielen für den Arbeitsmarkt nur auf die gute Konjunktur und den Effekt der demografischen Entwicklung setzte. Rund die Hälfte des Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist bislang die Folge davon,

dass mehr ältere Beschäftigte in Rente gehen als Schüler ins Berufsleben. Wesentliche Reformen des Arbeitsmarktes wurden dagegen immer wieder verdrängt. Woche, 12.4.2001

Für Schröder und seine Mannschaft rächt sich nun, dass sie die wenigen Ansätze zur Arbeitsmarktflexibilisierung, die noch unter Kohl unternommen wurden, wieder rückgängig gemacht haben und die Belastung mit Sozialabgaben nicht deutlich genug zurückfahren. Ferner lässt Rot-Grün neue Wege der Beschäftigungsförderung meistens nur in Modellprojekten schmoren und führt über befristete Verträge, Teilzeitanspruch und Mitbestimmung schärfere Regulierungen wieder ein. Echte strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt sind nicht in Sicht.

Handelsblatt 9.5.2001

Das zunächst erfolgreich wiederbelebte Bündnis für Arbeit wurde kürzlich in Leitartikeln zum 'Bündnis ohne Arbeit' umgetauft. Was ist dabei schief gelaufen? Eigentlich nichts, denn bislang wurde kaum etwas gewagt.

Frankfurter Rundschau,
14.5.2001

Minderheitenrechte **abgeschafft**

Anlässlich einer Anhörung zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) erklärten die Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dorothea Störr-Ritter, und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Gerald Weiß:

Mittelstand, Minderheiten und einzelne Arbeitnehmer sind die Verlierer der von der rot-grünen Bundesregierung geplanten Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Das ist das Ergebnis einer Anhörung, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern von mittelständischen Unternehmen und Verbänden, von kleineren Gewerkschaften und christlich-sozialen Organisationen durchgeführt hat.

schäftigten der Arbeitgeber verpflichtet werden, eine Ablehnung von Vorschlägen des Betriebsrates zur Beschäftigungssicherung schriftlich zu begründen.

Einhellige Kritik

Von den mittelständischen Betrieben wurde kritisiert, dass durch den Gesetzentwurf der Regierung wirtschaftlich notwendige Maßnahmen zur Zukunftsicherung der Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze erschwert würden. Die Sachverständigen bemängelten, dass die Internationalisierung gerade auch der mittelständischen Wirtschaft bei dem Reformvorhaben überhaupt keine Rolle spiele. Fatal seien auch neue bürokratische Hemmnisse und gerade kleine und mittlere Betriebe treffende Kostenbelastungen.

Neue Lasten

Viele Regelungen des Gesetzentwurfs bülden der Wirtschaft – nicht zuletzt dem Mittelstand – neue Lasten, zusätzliche Kosten und mehr Bürokratie auf. So soll in Betrieben ab 100 Be-

Von der Bürokratie profitieren allenfalls Funktionäre. Auch die Abschaffung der Minderheitenrechte dient vor allem dazu, Klientelinteressen zu bedienen.

Positive Anreize

■ Chancen für mehr Leistung bei gleichzeitigem Bürokratieabbau sehen die Kommunalpolitiker von CDU und CSU in den besseren Koordination von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der damit verbundenen Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialämtern. Eigentliches Ziel: Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sollen dieselben Möglichkeiten haben, einen regulären Job zu bekommen, wie Beziehende von Arbeitslosenhilfe. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir wollen, dass Arbeit auch bei niedrigen Löhnen zu mehr Einkommen führt als die so genannte *Stütze*. Dafür brauchen wir positive Anreize, aber auch strafende Sanktionen bei Arbeitsverweigerung.“

Steuerkraftlos

■ Die rot-grüne Koalition will im so genannten „Job-Aktiv-Gesetz“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch weiter erleichtern. Dazu der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU, **Hansjürgen Doss**: „Wir sind im Gegenteil der Meinung, dass das bestehende Gießkannenprinzip bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bun-

desanstalt für Arbeit beendet werden muss.“ Denn insbesondere in den neuen Ländern kann häufig genug kein privates mittelständisches Gewerbe und damit auch keine Steuerkraft entstehen weil vorhandene Aufträge durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erledigt werden.

Missgeburt

■ Bei der SPD hat sich offenbar die Einsicht durchgesetzt: Die Ökosteuer war eine Missgeburt. Zu deren Abschaffung fehlt ihr allerdings der Mut. **Gerda Hasselfeldt**, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Die Leidtragenden sind insbesondere die Pendler, die nächstes Jahr noch einmal zur Kasse gebeten werden sollen, nachdem sie bereits durch die Euro-Umrechnung bei der Entfernungspauschale im Jahr 2002 um rund 430 Millionen Mark geprellt sein werden.“

Virtuelles Spielgeld

■ SPD-Haushälter Kröning will die Personalstärke der Bundeswehr noch weiter reduzieren: auf nurmehr 250.000 Mann, während Scharping von den heute 340.000 Soldaten auf 285.000 runter will. Kröning sagt nicht, wie Deutschland mit noch weni-

ger Personal und noch weniger Geld seinen Verpflichtungen nachkommen soll, wo verstärkte internationale Zusammenarbeit sogar zusätzliche Finanzmitteln nötig macht. **Paul Breuer**, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Kröning schweigt sich überhaupt darüber aus, wie die Finanzierung der Bundeswehr dauerhaft sichergestellt werden soll. Verkauf- und Verwertungserlöse aus Bundeswehrvermögen sind jedenfalls nur virtuelles Spielgeld und keine Lösung.“

Durchgefallen

■ Zum zweiten Mal keine Mehrheit für den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bildung von Maßstäben für den neuen Länderfinanzausgleich. Nach einer 16:0-Ablehnung im Bundesrat ist Eichels Konzept auch bei der Sachverständigenanhörung geradezu „versenkt“ worden. Hauptkritikpunkte: vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts nur abgeschrieben, einzelne Regelungen zu unbestimmt, ohne jede Vorstellung von den finanziellen Folgen. **Heinz Seiffert** und **Steffen Kampeter**, zuständig in der CDU/CSU für den Länderfinanzausgleich: „Wir fordern die Bundesregierung

PETER PAZIOREK UND KURT-DIETER GRILL:

Erkundung fortsetzen

Aus Anlass eines Arbeitsbesuchs am Standort Gorleben haben der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Berichterstatter für Energiepolitik im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages die Aufhebung des von der Bundesregierung verhängten Moratoriums gefordert: Es ist nicht hinzunehmen, dass die Regierung die Erkundung des Salzstocks in

Gorleben als Endlager bis zu zehn Jahre aussetzen will. Gespräche mit Experten und Betroffenen vor Ort haben uns einmal mehr bestätigt, dass die Bundesregierung rein politisch-ideologisch motiviert ist. Sie verschiebt die Entsorgungsfrage auf kommende Generationen und nimmt den Verlust von Know-how und den Weggang von hochqualifizierten Wissenschaftlern in Kauf.

auf, umgehend einen neuen Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes vorzulegen.“

At-Tacke

■ Inmitten einer Phase der Remonopolisierung auf dem deutschen Telekommunikationsmarkt erwartet der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium ein baldiges Ende der Regulierung. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Wettbewerber der Deutschen Telekom AG immer deutlicher eine Kompetenzverlagerung nach Brüssel verlangen. **Elmar Müller**, Berichterstatter der CDU/CSU für Post- und Telekommunikation: „Jüngste Entscheidungen der Regulierungsbehörde wie z.B. bei der Entgeltentscheidung für den Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung erfordern eher eine Verlängerung der Regulierung. Staatssekretär Alfred Tacke müsste sich eigentlich sogar dafür einsetzen, das Regulierungstempo zu beschleunigen.“

Signalwirkung

■ Die CDU/CSU hat im Deutschen Bundestag den Antrag auf Einrichtung eines „Fonds zur Unterstützung der Doping-Opfer der DDR“ gestellt. Es sollen Mittel zur Verfügung ge-

stellt werden, um den Betroffenen gesundheitliche Fürsorge zu sichern und den beruflichen Einstieg zu erleichtern. **Klaus Riegert**, sportpolitischer Sprecher der Fraktion: „Wir sind sicher, dass eine positive Beschlussfassung eine Signalwirkung auch für den Deutschen Sportbund, das Nationale Olympische Komitee und für die Pharmaindustrie haben wird.“

Der falsche Weg

■ Für Dezember dieses Jahr soll auf Mallorca und auf den anderen balearischen Inseln eine Ökosteuer eingeführt werden. Die Tourismuspolitiker der CDU/CSU

beurteilen diese Absicht äußerst skeptisch und befürchten nicht nur die Verteuerung eines der beliebtesten Reiseziele der Deutschen, sondern auch eine negative Signalwirkung auf andere Reiseländer bei der Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen. **Klaus Brähmig**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU, und **Ernst Hinsken**, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe: „Ebenso das Ziel einer Angleichung der Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft innerhalb der Europäischen Union rückt damit in weite Ferne.“

UD

WERNER WITTLICH:

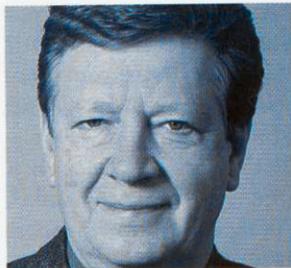
Ökologisch falsch und wirtschaftlich nicht vertretbar

Der Entwurf der Bundesregierung für ein Zwangspfand auf Getränke von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgelehnt. Er ist ökologisch falsch und in wirtschaftlicher Hinsicht nicht vertretbar.

1991 wurden in Deutschland 19,4 Milliarden Liter Getränke in Mehrwegflaschen abgefüllt. 1998 waren es nach uns vorliegenden Informationen mehr als 22,5 Milliarden Liter in Mehrweg. Das ist kein Rückgang, sondern eine Steigerung um 16 Prozent.

Damit die positive Entwicklung der zurückliegenden Jahre weitergeht, muss Mehrweg in zeitgemäßer Form geschützt werden. Deshalb will die CDU/CSU-Fraktion, dass die Wirtschaft künftig sicherstellt, dass mindestens 24 Milliarden Liter Getränke in ökologisch vorteilhaften Verpackungen abgefüllt werden. Das unterstützt auch die mittelständischen Kleinbrauereien.

Die Wirtschaft bekommt damit eine neue Messlatte, die Mehrweg-



schutz auf hohem Niveau mit einem höheren Maß an Flexibilität verbindet. Diese anspruchsvolle Verpflichtung der Wirtschaft soll mit harten Sanktionsmechanismen verbunden werden, falls die Ziele nicht erreicht werden.

Was würde durch das Zwangspfand erreicht? Der Einzelhandel wäre gezwungen, Rücknahmeautomaten für leere Flaschen und Dosen aufzustellen. Nach Berechnungen wird dies fast 3 Milliarden Mark kosten. Dazu kommen jedes Jahr erhebliche Betriebskosten und wirtschaftliche Risiken.

Das Zwangspfand führt deshalb zu einer Verteuerung der Getränke, weil die Milliardenkosten für das neue Rücknahmesystem gar nicht anders finanziert werden können. Zudem bürdet

es den Verbrauchern erkennbar sinnlose Tätigkeit auf. Das Zwangspfand wird in der Praxis genauso unbeliebt werden wie das Abkassieren des Autofahrers an der Zapfsäule.

Um seine Niederlage noch abzuwenden, schaltet

AUS DER
BUNDESTAGSREDE
AM 18. MAI

der Bundesumweltminister Werbeanzeigen für sein Zwangspfand. Die Bundesregierung ist aber nicht berechtigt, mit dem Geld des Steuerzahlers Werbung zu bezahlen, um in einer laufenden Beratung die politische Opposition niederzuwalzen.

Der Bundesumweltminister wird sein Ziel nicht erreichen, sondern Opposition und Länder nur noch weiter gegen sich aufbringen. Er wird nicht verhindern können, dass am Ende des Weges ein Kompromiss ohne Zwangspfand steht, der für Umwelt, Verbraucher und Wirtschaft die bessere Lösung ist.

DAS BUNDESWEIT bisher einzige in Fertigbauweise gebaute Gefängnis, in dem Schwer- und Schwerkriminelle untergebracht werden, ist nach 8-monatiger Bauzeit in Weiterstadt in Betrieb genommen worden. „Dieses neue Haftgebäude“, erklärte der hessische Justizminister Christaen Wagner, „ist ein wichtiger Schritt zum Abbau der Überbelegung in den hessischen Justizvollzugsanstalten.“

ANSTIEGENDE PREISE

und die Straffung der Geldpolitik, warnt der Bundesverband deutscher Banken, würden die Folge sein, wenn sich die Tarifparteien in Europa angesichts der Wachstumsabschwächung im Euro-Raum nicht auf maßvolle Lohnrunden verstehen sollten. Mit der Zinssenkung in der zweiten Maiwoche sei jedenfalls die Europäische Zentralbank gegenüber der Lohnpolitik bereits in Vorleistung getreten.

DIE GERINGSTE ZAHL

an Verkehrstoten in einem März seit Einführung der Unfallstatistik 1953 hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden letzte Woche mitgeteilt: 483 und zehn Prozent weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Von Januar bis März hat die Polizei

556.600 Straßenverkehrsunfälle erfasst. Dabei wurden 1.458 Menschen getötet, 101.300 verletzt.

250 MARK müssten für jeden ostdeutschen Bürger zusätzlich investiert werden, wenn die ostdeutschen Kommunen im Standortwettbewerb die gleichen Chancen haben sollen wie die in Westdeutschland. Diese Forderung hat der Deutsche Landkreistag (DLT) an Bundeskanzler Schröder gerichtet und kann sich dabei auf ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) berufen, das die infrastrukturelle Lücke zwischen ost- und westdeutschen Kommunen auf 180 bis 300 Milliarden Mark geschätzt hat.

DIE STECKNADEL im Heuhaufen muss man suchen, wenn man Leukämiekranken helfen will. Bei inzwischen 773.000 verzeichneten Spendern in der weltweit größten Einzeldatei sind die Aussichten auf Erfolg recht gut; und trotzdem muss weiter geworben werden, damit es möglichst für jeden Kranken auch den genetischen Zwilling gibt. Am Tag der Lebensspende (28. Mai) melden sich zahlreiche Prominente zu Wort – Justus Frantz, Dagmar Berghoff, Uschi Glas -, die

entweder bereits potenzielle Stammzellspender sind oder sich neuerdings dazu bereit erklärt haben.

3000 KULTURPREISE

werden in Deutschland vergeben. Gesamtwert: knapp 104 Millionen Mark. Durchschnittliches Preisgeld der mehr als 9.000 Ausgezeichneten im Jahr: 11.000 Mark. Wie das Zentrum für Kulturforschung in Bonn weiter ermittelte, hat die Zahl der Preise seit 1995 um die Hälfte zugenommen. Die meisten werden in der Sparte Literatur vergeben (498), dicht gefolgt von Musik (463) und bildender Kunst (421).

NEWSLETTER als Visitenkarte eines Unternehmens kommen immer mehr in Mode. Ihre Funktionen: ■ Öffentlichkeitsarbeit ■ Imagetransfer ■ Kundenbindung und ■ Neukundenakquisition. Mit der Frage, wie man die Möglichkeiten des newsletters am besten nutzt, haben sich jetzt die media workshops von news aktuell beschäftigt. Dabei wurden nicht nur journalistisches Grundkenntnisse aufgefrischt, sondern auch angemessene Darstellungsformen bis hin zum Einsatz von Bildern erarbeitet. Ziel: maßgeschneiderte Konzepte.

Bisher in Deutschland übliche Standards auf umstrittenes EU-Niveau **gesenkt**

Zur angekündigten Einführung eines Ökosiegels erklärte die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Tatsächlich werden dadurch die bisher in Deutschland üblichen Standards für Ökoprodukte auf den umstrittenen EU-Standard gesenkt. Künftig muss längst nicht mehr alles „öko“ sein, was als „öko“ gekennzeichnet ist.

Denn nach der zugrundeliegenden EU-Verordnung führt bereits die Umstellung von Teilen der konventionellen Produktion z.B. auf Ökolandbau oder Viehproduktion dazu, dass auf einen Schlag die gesamte Produktion als „öko“ zertifiziert wird, obwohl nur Teile der Produktion tatsächlich „öko“ sind. Die Verbraucher kaufen in gutem Glauben „Öko“ Produkte, obwohl es sich um konventionelle Erzeugnisse handeln kann. Dies ist staatlich organisierter Etikettenschwindel und bewusste Irreführung der deutschen Verbraucher.

Statt ausschließlich den hohen deutschen Standard nach der Arbeitsgemein-



schaft ökologischer Landbau (AGÖL) zugrunde zu legen, geht es Frau Künast wieder einmal um puren Aktionismus – die schnelle Schlagzeile geht vor Gewissenhaftigkeit. Offenbar sieht die Bundesverbraucherministerin nur noch auf dem Wege einer Absenkung des Qualitätsstandards die Möglichkeit, ihr selbst gestecktes Ziel von 20 % Marktanteil von Öko-Produkten zu erreichen.

Ökobetriebe vor großen Problemen

Das leichtfertige Verhalten von Frau Künast stellt die deutschen Verbraucher und die Öko-Produzenten vor große Probleme.

■ **Was soll** aus den deutschen Ökobetrieben werden, die bisher im Vertrauen an

die deutschen Standards qualitativ auf höchstem Niveau produziert haben und diesen Standard auch in Zukunft einhalten wollen? Sie werden künftig einer Vielzahl ausländischer Billigimporteure gegenüberstehen, die auf abgesenktem Qualitätsniveau Ökoprodukte anbieten, die weder den bisherigen deutschen Qualitätsnormen entsprechen noch nicht einmal mehr „öko“ sein müssen. Zahlreiche Betriebe werden die Produktion umstellen oder schließen müssen.

■ **Wie will** Frau Künast sicherstellen, dass die an deutsche Öko-Standards gewohnten Verbraucher nicht verunsichert werden, wenn künftig Produkte als „Öko“ angepriesen werden, die aus konventioneller Produktion stammen können?

Mit der Absenkung der Standards auf EU-Niveau hat Frau Künast Verbrauchern und Ökobetrieben einen Bärendienst erwiesen. Ihre Ankündigung, sich bis 2003 auf eine Übernahme der deutschen Standards durch die EU einzusetzen, ist weiße Salbe – ernsthaft glaubt daran kein Experte. 

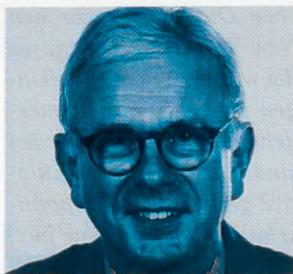
HANS-GERT PÖTTERING ZUR REDE LIONEL JOSPINS::

Eine **Mischung** von positiven und negativen Vorschlägen

Premierminister Lionel Jospin hat zur Europapolitik das lang erwartete Signal gegeben, dass die französische Regierung auch in Zukunft eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung der Perspektiven für die Europäische Union spielen wird, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, die Rede des französischen Premierministers kommentiert.

Nach den Vorschlägen von Präsident Jacques Chirac und deutschen Politikern, insbesondere Außenminister Fischer und Bundeskanzler Schröder, sei dies ein weiterer wichtiger Beitrag, um der Debatte über die Zukunft der Union neuen Schwung zu geben und sie weiter voranzubringen.

Die Inhalte der Rede Jospins wertete Pöttering sehr gemischt. Über die konkreten Vorschläge Jospins werde im einzelnen noch intensiv diskutiert werden müssen. In einer ersten Bewertung bemerkte Pöttering positiv die grundsätzliche Befürwortung einer eu-



ropäischen Verfassung sowie der Idee eines Konvents zur Erarbeitung dieser Verfassung. Dies entsprechen den von der EVP formulierten Vorschlägen. Ebenfalls zu begrüßen sei der Vorschlag, den Kommissionspräsidenten aus der Mitte der politischen Strömung, die aus den Wahlen zum Europäischen Parlament als Sieger hervorgegangen ist, zu benennen. Diese Benennung, so Pöttering, müsse konsequenterweise durch eine Wahl durch das Europäische Parlament geschehen. Positiv sei auch der Vorschlag, dass der Ministerrat in allen Gesetzgebungsakten mit qualifizierter Mehrheit abstimmen solle wie die Einrichtung eines ständigen Ministerrates. Bedauerlich sei allerdings, dass Jospin keine Vor-

schläge für mehr Transparenz und Öffentlichkeit des Rates vorlege. Auch die Vorschläge zum Ausbau eines europäischen Rechtsraumes und einer europäischen Staatsanwaltschaft geben die richtige Richtung an, erklärte Pöttering.

Kritik übte Pöttering aber an sozialistischen Grundkonzepten der Rede, wie z.B. der Einrichtung eines Fonds für Konjunkturmaßnahmen und dem uneingeschränkten Festhalten an den öffentlichen Diensten. Auf diese Weise könne nicht mehr Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden.

Kritisch wertete Pöttering auch den Vorschlag zur Einsetzung eines „Kongresses“ der nationalen Parlamente. Die Aufgabe der nationalen Parlamente sei es, die nationalen Regierungen im Ministerrat zu kontrollieren, während das Europäische Parlament direkt von den Bürgern gewählt werde, um ihre Rechte auf europäischer Ebene wahrzunehmen, insbesondere das Legislativ- und das Haushaltsrecht, sowie die Kontrolle der Exekutive. **UD**



ENTSCHÄDIGUNG

Rechtssicherheit

Die hochbetagten ehemaligen ausländischen Zwangsarbeiter und die anderen NS-Geschädigten können aufatmen. Die in der Stiftungssinitiative zusammengeschlossenen deutschen Unternehmen sehen die von ihnen verlangte „ausreichende Rechtssicherheit“ in den Vereinigten Staaten als gegeben an. Damit ist der Weg frei für die Erklärung der Rechtssicherheit durch den Bundestag und für den Beginn der Auszahlungen.

Frankfurter Allgemeine

Spätes Ende

Die deutsche Wirtschaft hat gut daran getan, das Kapitel um die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter nach zwei langen Jahren des Verhandeln und Zögerns endlich mit einer positiven Botschaft abzuschließen. Nach dem neuerli-

chen Durchbruch vor den New Yorker Gerichten, wo die wichtigsten Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen verhandelt worden sind, war die Stiftungssinitiative gefordert, einen politische und weniger eine juristische Entscheidung zu fällen. Dazu gehört vor allem die Feststellung, dass nach Abweisung der von den Opfern angestrebten Klagen jetzt endlich ausreichende Rechtssicherheit in der Weise hergestellt worden ist, dass die deutschen Firmen nicht zweimal in Anspruch genommen werden – einmal durch Einzahlung in den Stiftungsfonds und ein weiteres Mal durch eine theoretisch immer noch denkbare Verurteilung zum Schadensersatz durch ein ausländisches Gericht.

Handelsblatt

GESUNDHEIT

Selbst entscheiden

Für die Finanznöte der gesetzlichen Krankenkassen gibt es kein Allheilmittel.

Aber es gibt bessere und schlechtere Lösungsansätze. Die Kollektivhaftung der Ärzte für überschrittene Arzneimittelbudgets hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Schlimmer noch: Patienten wurden Leistungen von Ärzten verweigert, weil diese befürchteten, dafür in Regress genommen zu werden. Statt eine Behandlung nicht zu erhalten, sollten Versicherte selbst entscheiden, welche Leistungen sie abgedeckt haben wollen. Noch lehnt Ulla Schmidt die Begrenzung der gesetzlichen Krankenkassenleistungen auf Kernelemente ab, wie es die Kassenärzte fordern. Ihr Argument: Niemand könne sich seine Krankheiten aussuchen. Das stimmt. Aber es gibt durchaus Bereiche, bei denen eine Kostenübernahme durch die Versicherungsgemeinschaft in Frage gestellt werden kann.

Generalanzeiger, Bonn

Recht auf Wahrheit

Umverteilen heißt die alte Leier, mit der Bundes-



gesundheitsministerin Ulla Schmidt die Probleme lösen will: Den Kassenwechsel einschränken, mehr Geld aus dem Risikostrukturausgleich locker machen und schließlich Ärzte und Kliniken zur Sparsamkeit drängen. Das alles mag zwar kurzfristig die Leiden des Gesundheitswesens lindern; heilen wird es sie nicht. Die gesetzliche Krankenversicherung stößt an ihre Leistungsfähigkeit. Es ist eine Frage von wenigen Jahren, vielleicht sogar nur Monaten, bis das System unterfinanziert ist. Daraus folgt; Entweder müssen die Einnahmen steigen oder nicht mehr alles medizinisch Mögliche kann von den Kassen bezahlt werden. Doch davon will Schmidt nichts wissen: Nächstes Jahr ist Bundestagswahl. Und es ist wenig populär, den Versicherten für die Erhaltung und Wiederherstellung ihrer Gesundheit mehr Geld abzuverlangen. Aber die Betroffenen hat ein Recht darauf, die Wahrheit zu erfahren – und die heißt: So wie bisher geht es nicht weiter.

Berliner Zeitung

NAHOST



Zynisch

Gewalt erzeugt Gegengewalt. Wohin diese Spirale führt, lässt sich zurzeit im Nahen Osten beobachten. Nur wenige Schritte noch, dann stürzt die Region erneut in einen Krieg. Und dennoch ergreift niemand ernsthaft eine Initiative zur Eindämmung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Im Gegenteil: Eskalation bestimmt den Takt der Krise. Mit dem Einsatz von Kampfflugzeugen hat Scharon Öl ins Feuer der Palästinenser gegossen. PLO-Chef Jassir Arafat kommt das sehr gelegen, hat er sich doch bewusst für den Terror entschieden. So kann er sein Volk der Welt noch besser in der Opferrolle vorführen – eine Politik, die an Zynismus kaum noch zu überbieten ist. Wenn den Hitzköpfen dies- und jenseits des Gazastreifens schon jegliche Vernunft abhanden kommt, dann wird es Zeit, dass der

Druck von außen erhöht wird. Handelsblatt

KRIMINALITÄT



Gute Nachrichten? Die Polizei sieht es anders

Glaubt man der Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2000, dann darf Bundesinnenminister Otto Schily zu Recht gute Nachrichten verbreiten. Die Zahl der Straftaten sank um etwa 500.000; die Aufklärungsquote schwerer Gewaltverbrechen wie Mord, Totschlag oder Vergewaltigungen ist mit neunzig respektive 80 Prozent die beste seit 1966. Für wahr gute Nachrichten. Umso ärgerlicher ist es, dass man dennoch verwirrt zurückbleibt. Denn die Gewerkschaft der Polizei spricht von einer bewussten Täuschung der Bevölkerung. Ihr Vorsitzender Konrad Freiberg zitiert „wissenschaftliche Studien“, die belegten, dass die Dunkelziffer zehnmal so hoch sei.

Stuttgarter Zeitung

ERWIN MASCHIEWSKI:

Kriminalität bekämpfen – **Vertrauen** in den Rechtsstaat wieder herstellen

Anlässlich der vom Bundesinnenminister am 22. Mai vorgestellten polizeilichen Kriminalitätsstatistik erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Statistik gibt viel her - sogar eine „gute Arbeit“ des Bundesinnenministers Otto Schily. Anders sieht die Wirklichkeit aus: Der Drogenhandel nimmt zu, die Gewaltkriminalität nimmt zu, der Kreditkartenbetrug nimmt zu, um nur einige Teilbereiche zu nennen. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich angesichts der Tatsache, dass die rot-grüne Regierung mit ihrer eigenen Statistik zufrieden ist, nicht weniger vom Verbrechen bedroht. Sie haben kaum noch Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Strafverfolgungsbehörden.



Niveau. Noch immer sind 6.264.723 Straftaten polizeilich erfasst. Zwar ist ein Rückgang von 0,6 Prozent zu verzeichnen. Diese leicht rückläufigen Zahlen geben keinen Anlass zur Erleichterung. Die Aussagekraft der polizeilichen Kriminalitätsstatistik ist nämlich eingeschränkt, da ein großer Teil der begangenen Straftaten im Dunkelfeld liegt und nicht erfasst wird. Die Statistik gibt nur das sogenannte Hellfeld wieder - das ist das, was der Polizei bekannt gegeben wird.

Die Gewerkschaft der Polizei geht davon aus, dass die Zahl der Straftaten zehnmal so hoch ist wie offiziell bekannt. Auch wenn man dies nur zur Hälfte unterstellt, ist das Ergebnis immer noch mehr als dramatisch. Viele Straftaten werden gar

nicht mehr angezeigt. Angesichts der Aufklärungsquoten bei Diebstählen und Einbrüchen haben die Bürger das Vertrauen in die Strafverfolgung verloren.

Die Früchte unserer Arbeit geerntet

Allerdings ist unabhängig von der grundsätzlich immer auftretenden Dunkelfeldproblematik festzustellen, dass die Gesamtzahl der polizeilich erfassten Straftaten im Jahr 2000 den niedrigsten Stand seit 1993 erreicht hat. Das liegt vor allem daran, dass hier die Früchte der Arbeit der früheren CDU/CSU-Bundesregierung geerntet werden. Denn wir haben unsere Verantwortung ernst genommen und viel für die innere Sicherheit getan.

Wir haben z.B. 1992 das Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität, 1993 das Geldwäschebekämpfungsgesetz und 1994 das Verbrechenbekämpfungsgesetz

Rückläufige Zahlen kein Anlass zur Erleichterung

Der Kriminalitätsstand ist auch durchschnittlich weiterhin auf einem hohen

mit wichtigen Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, verabschiedet. 1998 wurden die Regelungen nochmals durch Einführung der akustischen Wohnraumüberwachung und des sogenannten Lauschangriffes verbessert. Nicht unerwähnt bleiben darf die Einführung der Wegfahrsperre, die zu einem erheblichen Rückgang der Kraftfahrzeugdiebstähle geführt hat.

Bemerkenswert ist allerdings auch, dass die Gesamtzahl der Straftaten zurückgegangen ist, demgegenüber sich aber die Zahl der erfassten Tatverdächtigen mit 2.286.373 um 1 Prozent erhöht hat! Der Tatverdächtigenanteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit beträgt 25,8 %.

Besonders besorgniserregend ist, dass die ohnehin hohe Gewaltkriminalität im Vergleich zum Vorjahr nochmals angestiegen ist - mit einer auffälligen Zunahme der gefährlichen und schweren Körperverletzungen.

Gleichermaßen besorgniserregend ist der deutliche Anstieg der registrierten Rauschgiftdelikte um 7,8 %. In den neuen Ländern nahm die registrierte Rauschgiftkriminalität sogar um 12,8 Prozent zu.

Außerdem hat die Kreditkartenkriminalität weiterhin ungebremst zugenommen. Der Anstieg beträgt 54 %. Angesichts der Bedeutung der Zahlungskarten im Lastschriftverkehr sowie an Geldausgaben-Automaten kann das nicht einfach hingenommen werden. Die fortschreitende Technisierung des Zahlungsmittelverkehrs verlangt schnelle Lösungen.

Es ist insoweit unerlässlich, konsequent Strategien zur Bekämpfung dieser Betrugsform zu entwickeln.



Was ohne großen Aufwand möglich ist

Die CDU/CSU fordert zunächst die Wirtschaft im Interesse ihrer Kunden dazu auf, mehr zur Verhinderung des Missbrauchs zu tun. Das ist ohne großen Aufwand möglich.

- Die Karten müssen so verschickt werden, dass Postverluste ausgeschlossen sind.
- Statt mit Magnetstreifen müssen die Karten mit fälschungssicheren Chips ausgestattet werden.
- Zur sicheren Identitätsfeststellung sollte die EC-Karte mit einem Foto des Karteninhabers ausgestattet werden.

Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigt also deutlich, dass die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen sind und die derzeitige Bundesregierung auch auf diesem wichtigen Feld versagt hat. Bei Rot-Grün herrscht auch bei Prävention und Repression der allgemeinen Kriminalität Funkstille.

- Wir werden deshalb in unserer Rolle als Opposition nicht nachlassen, dem entgegenzuwirken.
- Wir werden deshalb an unsere Arbeit während der Regierungszeit anknüpfen und die geschaffenen gesetzlichen Grundlagen zur Kriminalitätsbekämpfung weiter ausbauen.
- Wir werden deshalb ein zweites Verbrechenbekämpfungsgesetz auf den Weg bringen.

Darüber hinaus werden wir uns für eine verstärkte Videoüberwachung an Brennpunkten im öffentlichen Raum einsetzen. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die Anwendung des Gen-Tests im Kampf gegen Sexualverbrechen an Frauen und Kindern erweitert wird.

Nur so können wir den berechtigten Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen.



Gemeinsame Ausbildungsborse

Die Mittelstand- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) haben eine gemeinsame Ausbildungsborse gestartet.

Hierzu wurden in den Mitgliederzeitschriften der beiden Vereinigungen sowie in Infofaxen und im Internet ko-

CDA stufenlose Anzeigen von jungen Menschen veröffentlicht, die einen Ausbildungsplatz suchen bzw. von Unternehmen die einen Auszubildenden einstellen wollen.

Ziel der Aktion ist es, so die Sprecher der beiden Vereinigungen, einen prakti-

schen Beitrag zu einer Verbesserung des Ausbildungsmarktes zu leisten.

Denn hierdurch wird beiden Seiten geholfen: denjenigen, die ausbilden wollen, aber noch keinen geeigneten Lehrling gefunden haben, ebenso wie den jungen Menschen, die bisher noch keinen Ausbildungsplatz haben.

In dem Zusammenhang:

Bei Bewerbungen um eine Lehrstelle (gewerblich-technische Berufe) ist für Unternehmer wichtig:

■ Beherrschung der Grundrechenarten (das sagen 62% der befragten Unternehmer) ■ Schulabschluss (54%) ■ Allge-

MIT

meinbildung (47%) ■ Zeugnisse (47%) ■ naturwissenschaftliche Kenntnisse (44%) ■ korrekte Rechtschreibung (38%) ■ sprachlicher Ausdruck (35%) ■ Computerkenntnisse (34%) ■ Praktika (33%).

Das Ergebnis von Berufseignungstests von 16 nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern mit 3.482 Auszubildenden des ersten Lehrjahrs zeigt: Die größten Defizite bestehen in Mathematik. Buch mit sieben Siegeln: Dreisatz-, Prozent- und Flächenberechnung.

Die Hamburger CDU sucht zum 1. Oktober 2001 eine/n

Landesgeschäftsführer/in

für die Leitung ihrer Landesgeschäftsstelle mit 15 Mitarbeitern.

Die Stelle wird vakant, weil sich der bisherige langjährige Geschäftsführer einer neuen beruflichen Aufgabe zuwendet.

Das Anforderungsprofil für diese Position beinhaltet: ■ Berufserfahrung in der Partei- oder Verbandsarbeit ■ Fähigkeit zu politisch-strategischem Denken ■ Kennt-

nisse in der EDV sowie im Finanz- und Spendenwesen ■ gutes Organisationstalent ■ qualifizierte Menschenführung ■ Kreativität.

Bewerber, die sich für diese vielseitige und verantwortungsvolle Aufgabe interessieren, senden Ihre Unterlagen mit Lebenslauf und Zeugnissen bitte an

**Herrn Dirk Fischer, MdB,
Landesvorsitzender der
Hamburger CDU,
Leinpfad 74,
22299 Hamburg.**



Der CDU-Seemannsrucksack

Ob gelb oder blau – der Rucksack ist für jede Gelegenheit ein praktischer Begleiter. ■ Für den Strand, Sport, Sauna oder auf Reisen macht er sich einfach unentbehrlich. ■ Der Seemannsrucksack ist so geräumig, dass bequem Sportschuhe, Tennisschläger und Sportbekleidung in ihm Platz finden. ■ Der Rucksack ist aus Strapazierfähigem, robustem und wasserabweisendem Nylonstoff genäht. ■ Der rückwärtige Gurt ist gepolstert, eine Innentasche mit Handytasche sorgt für ein schnelles Wiederfinden der Kleinutensilien. ■ Die Ton-in-Ton-Stickerei unseres CDU-Logos verleiht diesen farbschönen Rucksäcken eine elegante Note.



Seemannsrucksack „blau“

Bestel-Nr.: 9661

Preis je Exemplar:

34,00 DM

17,38 EURO

Seemannsrucksack „gelb“

Bestel-Nr.: 9662

Preis je Exemplar:

34,00 DM

17,38 EURO

BESTELL- ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Telefax 02524/911310

e-mail:

dcu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen



Unser CDU-Scooter

Das Kleine Ding mit der großen Leistung!

Der Scooter ist ein praktisches Fortbewegungsmittel für „Klein und Groß“. ■ Ob Sie durch die Stadt oder zur Arbeit düsen, der Scooter ist Ihr handlicher Begleiter. ■ Bequem und kinderleicht lässt er sich mit wenigen Handgriffen zusammenklappen und in dem dazugehörigen Rucksack transportieren. ■ Der Rucksack ist mit einem Schultergurt und einer daran mit Klettverschluss befestigten Handtasche versehen. ■ Der CDU-Scooter ist aus stabilem Aluminium und hat ein Gesamtgewicht von 3,1 kg. ■ Die Lenker-Teleskopstange ist 3-fach höhenverstellbar. ■ Die Bremse befindet sich auf dem hinteren Rad. ■ Der Scooter ist für eine Gesamtbelastung von 200 kg ausgelegt. ■ Sie können mit dem Scooter eine Geschwindigkeit bis ca. 30 km/h erreichen. ■ Der CDU-Scooter ist in einer hochwertigen Materialausstattung und Verarbeitung hergestellt. Er entspricht nicht nur dem vorgegebenen Standard, sondern hat bei mehreren Vergleichstests mit anderen Scootern gut abgeschnitten und liegt in der Testliste auf dem 2. Platz.

Bestell-Nr.: 9673

Preis je Scooter inkl. Rucksack:

170,00 DM/86,92 EURO



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung



Freiwillig IST UNBEZAHLBAR!

Der CDU-Bürgerpreis: Wir suchen die Ehrenamtlichen des Jahres.

BÜRGER  **STAAT**

Teilnahmeunterlagen gibt's bis zum 30. Juni in Ihrer CDU-Geschäftsstelle
oder im Internet: www.buerger-machen-staat.de.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.